

Ansprache des Landesvorsitzenden Hubert Weiger
Delegiertenversammlung 2007 in Landshut

Es gilt das gesprochene Wort

Naturschutz sichert das Überleben in Zeiten des Klimawandels

Die aktuelle Diskussion um den Klimawandel ist auch für den Bund Naturschutz eine große Herausforderung. Denn wir müssen verdeutlichen, dass wir in den Industrienationen hauptsächlich für den Klimawandel wegen der maßlosen Energieverschwendung, der Übernutzung der Ressourcen Boden, Wasser, Luft und wegen der weltweiten Waldzerstörung verantwortlich sind.

Deshalb ist unser Widerstand auch im eigenen Land notwendig gegen eine Verkehrspolitik, welche in Bayern zur weiteren Betonierung und Asphaltierung unseres Landes

- durch Autobahnprojekte wie die A94 oder die Fichtelgebirgsautobahn als Transitautobahn führt,
- durch den Ausbau der Flughäfen – vom Großflughafen München bis zu den Regionalflughäfen Memmingerberg oder Hof zu einem weiteren Anstieg des Flugverkehrs führt,
- durch Gewerbegebiete auf der Grünen Wiese oder durch Freizeitparks oder FOCs wie in Piding nicht Verkehr vermindert sondern Straßenverkehr maximiert.

Wir müssen verdeutlichen, dass Klimaschutz vorrangig die drastische Verringerung unseres Energieverbrauchs erfordert und dass solange die verantwortliche Politik es nicht schafft, den Stand-By-Betrieb von Neu-Geräten zu unterbinden - allein der Stand-By-Betrieb von elektrischen Geräten erfordert in Deutschland die Stromproduktion von zwei AKWs - oder ein Tempolimit auf den Autobahnen durchzusetzen, wir nicht daran glauben, dass die existentiell bedrohliche Situation durch den Klimawandel in Deutschland von der verantwortlichen Politik erkannt wurde.

Denn spätestens seit 1988/89 liegen dem Deutschen Bundestag und den jeweiligen Bundesregierungen die Erkenntnisse vor, was zu tun ist, um den Klimaschutz zu sichern, was zu tun ist, um aus der Atomenergie auszusteigen und gleichzeitig den Einsatz fossiler Energieträger zu reduzieren - nämlich die Durchsetzung einer Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen.

Aber selbst dann, wenn der Bundeswirtschaftsminister in einer Studie von 2006 feststellt, dass über 60% des deutschen Strombedarfs über Kraft-Wärme-Kopplung gedeckt werden könnte, führt dies in der Praxis zu keinen Konsequenzen. Auch die in Bayern oder an der Landesgrenze geplanten neuen Gas- oder Kohlekraftwerke wie in Irsching oder in Großkrotzenburg sehen keine Kraft-Wärme-Kopplung vor. Auch die neuesten Biogasanlagen dienen nur der Stromerzeugung und nicht dem Aufbau von Nahwärmeversorgungsnetzen im ländlichen Raum. Umso notwendiger ist es deshalb, dass wir diese eklatanten Missstände anprangern und verlangen, dass es keine staatliche Genehmigung oder Subventionierung über das EEG ohne Kraft-Wärme-Kopplung in Zukunft geben darf.

Genauso müssen wir darauf hinweisen, dass Klimaschutz es vorrangig erfordert, endlich flächendeckend als Leitbild der Landwirtschaft den ökologischen Landbau und den ökologi-

schen Waldbau durchzusetzen, dass wir nach dem Jahrhundert der Wasseraustreibung ein Jahrhundert der Wiedergutmachung an den geschundenen Fließgewässern brauchen und dass der beste Hochwasserschutz nicht die Erhöhung der Hochwasser-Dämme sondern deren Rückverlegung nach dem Motto „Breitwasser in der Aue statt Hochwasser“ ist. Und deshalb kritisieren wir auch massiv die Abholzaktionen der Wasserwirtschaft in den Vorländern der Flüsse, weil damit letzte Reste von Auwäldern vernichtet und der Hochwasserschutz zu Lasten der Schwächsten – nämlich der wehrlosen Natur - realisiert wird. Notwendig ist es dagegen, sofort die Ackernutzung vor allem mit Mais in den Vorländern zu untersagen und ein Auenreaktivierungsprogramm durchzuführen, wie es ja erfreulicherweise bei Freising geschieht.

Dies muss aber überall passieren und nicht auf einige wenige Vorzeigeprojekte beschränkt sein. Dafür brauchen wir Finanzmittel in Milliardenhöhe und nicht für den Bau von Poldern oder Hochwasserspeichern. Wir werden uns auch mit allen legalen Mitteln dafür einsetzen, dass im Zeichen des Klimaschutzes nicht die letzten freien Flüsse unserer Heimat der Wasserkraftnutzung geopfert werden. Denn wir sind zwar das gewässerreichste Bundesland aber das ärmste Bundesland an freien Fließgewässern, weil 90% unserer großen Flüsse durch Wasserkraftnutzung gestaut sind. Deshalb kämpfen wir auch für die frei fließende Donau und die Salzach. Die Bundesregierung fordern wir auf, endlich den Bundestagsbeschluss von 2002 umzusetzen und die Donau zwischen Straubing und Vilshofen als freien Strom zu sichern. Die Schifffahrt muss sich endlich dem Fluss anpassen und nicht umgekehrt.

Große Sorgen machen wir uns angesichts des Klimawandels auch um unsere Wälder und vor allem um die Alpen. Es rächt sich heute bitter, dass der Waldumbau, das heißt vor allem die Umwandlung von Fichtenwäldern in Mischwälder, wegen fehlender Finanzen und wegen überhöhter Schalenwildbestände nur in einigen Regionen Bayerns, wo engagierte Forstleute arbeiteten erfolgreich umgesetzt wurde. Denn unsere Fichtenwälder werden zunehmend ein Opfer des Borkenkäfers oder der Stürme. Der Brotbaum der deutschen Forstwirtschaft wird zum Notbaum. Deshalb müssen wenigsten jetzt die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Der Personalabbau in den Bayerischen Staatsforsten ist einzustellen und ein Sonderprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro für den Waldumbau ist endlich in Angriff zu nehmen. Die durch unsere Waldsterben-Aktionen Anfang der 80er Jahre und der dadurch durchgesetzten Politik der drastischen SO₂-Minderung um 90% der damaligen Emissionen gerettete Weißtanne ist als Baum der Zukunft genauso wie die ursprünglich vorherrschenden Buchen besonders durch die Durchsetzung des Grundsatzes „Wald vor Wild“ zu fördern.

Auch unsere Alpen müssen endlich wirkungsvoll vor weiteren Schneekanonen und dem Ausbau der Lifanlagen geschützt werden. Die konsequente Umsetzung der Alpenkonvention ist überfällig. Denn angesichts der existentiell bedrohlichen Folgen des Klimawandels dürfen wir nicht länger in lebens- und umweltzerstörende Maßnahmen investieren sondern in lebens- und umweltrettende Maßnahmen, so wie das der Bund Naturschutz seit Jahrzehnten fordert.

Wir brauchen eine Wende in der Energie-, Verkehrs-, Agrar- und Siedlungspolitik.

Dazu brauchen wir keine neuen Konzepte sondern die Durchsetzung entsprechender Beschlüsse der Enquete-Kommission Klimaschutz des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages - auch gegen die Machtkartelle der Klimaschutzblockierer. Das vom Bund Naturschutz erst vor wenigen Wochen vorgestellte Sonderprogramm Klimaschutz würde zehntausende Arbeitsplätze im Handwerk und Mittelstand schaffen und wäre ein wirkungsvoller Beitrag zum Klimaschutz. Die verantwortliche Politik müsste allerdings den Mut aufbringen, sich gegen die Kartelle der Energie-Konzerne oder auch der Automobilindustrie durchzusetzen. Die Zeit freiwilliger Vereinbarungen muss endlich vorbei sein. Der Staat ist gefordert, seine Schutzfunktion durch klare gesetzliche Vorgaben wahrzunehmen. Der Staat muss das Gemeinwohl schützen und nicht die Absatzinteressen der Konzerne.

Wir fordern deshalb, dass die das Gemeinwohl schützenden Verwaltungen gestärkt und nicht demontiert werden. Die Entbürokratisierung muss die überflüssigen Formularbürokratie erfassen und nicht noch stärken, wie wir das ja auch im praktischen Naturschutz schmerzlich erleben.

Wir fordern auch eine Durchforstung der öffentlichen Haushalte auf Klimaverträglichkeit der Investitionen und ein Ende der Subventionierung klimaschädlicher Bereiche – vom Flugverkehr angefangen bis hin zur Ansiedlung von Großmärkten oder neuen Großstrukturen im Sägewerksbereich.

So ist es sicherlich ein Skandal ersten Ranges, dass das Großsägewerk der Firma Klausner durch einen 10Jahres-Vertrag der Bayerischen Staatsforsten mit festgelegten Preisen für die Fichte eine Subventionierung in Höhe von 75-100 Millionen Euro erfahren hat. Wir fordern den Obersten Rechnungshof auf, diesen Vorgang zu untersuchen und wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, nicht länger von der Zukunft des Ländlichen Raums zu reden, solange über solche Verträge die mittelständigen Sägewerke aus dem Wettbewerb katapultiert werden und unter dem Strich das drei- bis fünffache an Arbeitsplätzen vernichtet werden.

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auch auf, die Kürzungen der 2. Säule durch Umschichtungen rückgängig zu machen. Solange 103 Betriebe in Bayern fast so viele Millionen an Direktzahlungen – nämlich 14 Millionen Euro – erhalten wie 28.000 Betriebe, werden diese Gelder nicht eingesetzt um bäuerliche Betriebe zu erhalten, sondern um einige wenige Betriebe zu begünstigen. Wo ist hier der Protest des Bayerischen Bauernverbandes? Ein solcher Einsatz für die sogenannte Modulation würde den bayerischen Bauern mehr helfen als die Forderung nach biberfreien Zonen in Bayern. Zwar konnten wir mit großem Einsatz erreichen, dass statt einer Kürzung von 30% der 2. Säule „nur“ um 16% gekürzt wird. Gerade aber für die Vertragsnaturschutzprogramme oder die Agrarumweltprogramme ist dies eine schmerzliche Kürzung und eine Kürzung, welche gerade in Grünlandregionen die extensiv und besonders umweltfreundlich wirtschaftenden bäuerlichen Betriebe existentiell gefährdet und auch die Dorferneuerung zum Stillstand bringt. Gerade in diesen Regionen sind aber die Haupttourismusgebiete Bayerns.

Mit Freude können wir dagegen einen ersten entscheidenden Erfolg im Frühjahr 2007 feststellen: Unser Kampf gegen die Genmanipulation mit Biobauern und konventionellen Bauern, Verbrauchern, Natur- und Umweltschützern und Imkern hat dazu geführt, dass von 14 Hektar geplanter Anbaufläche für genmanipulierten Mais nur noch 7 Hektar übrig geblieben sind und der Widerstand gegen die Genmanipulation deutlich gewachsen ist. Bundesminister Seehofer und die Bayerische Staatsregierung sollten deshalb sich endlich national und auf EU-Ebene für ein Moratorium und für die rechtliche Absicherung gentechnikfreier Regionen einsetzen und nicht länger die absurde Forschung der TU München mit genmanipulierten Kartoffeln auf 2,5 Hektar vorrangig auf Staatsflächen unterstützen. Österreich lehnt im Interesse seiner Imker und seiner bäuerlichen Agrarstruktur und wegen seiner Qualitätsprodukte Gentechnik ab und wird der Feinkostladen Europas. Das sollte uns Vorbild sein und nicht die USA!

Wir fordern deshalb ein Gentechnikgesetz, welches dem Selbstbestimmungsrecht der Regionen Rechnung trägt, die Haftungsregeln erhält und auf Dauer die gentechnikfreie Landwirtschaft schützt. Als Bund Naturschutz sind wir auch gefordert, unsere ostdeutschen BUND-Landesverbände im Kampf gegen die Gentechnik zu unterstützen, denn dort soll unter Ausnutzung der in DDR-Zeiten entstandenen Großstrukturen die Gentechnik durchgesetzt werden.

Hoffnung für die Zukunft gibt neben diesen konkreten Erfolgen

- der wachsende Zuspruch zum Bund Naturschutz mit einem Nettomitgliederzuwachs 2006 von 3000 Mitgliedern auf über 170.000 Mitglieder. Wir haben damit mehr Mitglieder wie als CSU.
- die stark wachsende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln – sicherlich auch als Verbraucherreaktion auf Lebensmittelskandale aber auch Ergebnis unserer jahrzehntelangen Aufklärungs- und Motivationsarbeit mit tausenden von Veranstaltungen in ganz Bayern.
- der Boom bei regenerativen Energieerzeugungsanlagen in Bayern. Wir sind weltweit Spitze mit 1% Photovoltaikstrom und 3% in Niederbayern.
- der Erfolg der Klimaallianz mit dem Durchbruch bei der Altgebäudesanierung als zentraler Investitionsschwerpunkt der neuen Bundesregierung und einem Kreditvolumen von 1,2 Milliarden Euro 2006 in Bayern für die energetische Sanierung der Gebäude.
- die wachsende Sensibilisierung der Bevölkerung, nicht zuletzt wegen der Zunahme von Hochwasserschäden für die Frage des vorbeugenden und ökologischen Hochwasserschutzes.
- das staatliche Trinkwasserschutzkonzept für Unterfranken mit dem Ziel des flächendeckenden Grundwasserschutzes und damit dem endlich auch staatlich ausgesprochenen, möglichen Verzicht auf den Bau einer Trinkwassertalsperre im Hafental.
- die hoffentlich 2007 endlich durchgesetzte Flächensicherung des Grünen Bandes durch die Übertragung der Bundesflächen an die Bundesländer und das aktive Aufgreifen unserer Initiative zum Grünen Band Europa entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ durch viele Organisationen in den jeweiligen Staaten.
- der wachsende Zuspruch für Kindergruppen und für Umweltbildungsprojekte vor Ort.
- dass Wirtschaften mit der Natur und Lernen von der Natur zunehmend als Leitbilder anerkannt werden.

Es gibt also trotz vieler kritischer Entwicklungen keinen Anlass zur Resignation, ganz im Gegenteil – der Bund Naturschutz ist gerade jetzt gefordert, seinen Aufgaben als unabhängiger Anwalt der Natur kritisch wahrzunehmen und seine finanzielle Unabhängigkeit gegenüber Staat und Wirtschaft auf allen Ebenen zu sichern.

Dank sagen möchte ich allen im Bereich Artenschutz und Biotopschutz Aktiven im Verband für die praktische Arbeit draußen in der Landschaft, von der Biotoppflege auf dem Trockenrasen, über Moorrenaturierungen bis hin zum Einsatz an Amphibienwanderwegen. An über 400 vom BN betreuten Amphibien-Wanderwegen in Bayern haben auch dieses Jahr wieder Tausende ehrenamtlicher Helfer des BN in den letzten Wochen fast eine halbe Million Amphibien vor dem Straßentod gerettet in Bayern – eine der größten Arten- und Tierschutzaktionen Deutschlands!

Die jährlichen ehrenamtlichen Leistungen und Arbeitsstunden des BN im engeren Bereich nur des Arten- und Biotopschutzes entsprechen in ihrem Geldwert mit einer Größenordnung von ca. 10 Mio. €, etwa dem was der Freistaat Bayern an Steuermitteln für das Landschaftspflegeprogramm landesweit aufwendet.

Naturschutz in Bayern wäre ohne das ehrenamtliche Engagement der BN-Mitglieder nicht denkbar – und damit leisten wir neben dem Erhalt gefährdeter Arten auch einen entscheidenden Beitrag für die natürliche Vielfalt unserer bayerischen Heimat. Wir sehen aber mit großer Sorge, dass vom Staat geförderte Naturschutzmaßnahmen mittlerweile einen bürokratischen Aufwand erfordern, der für ehrenamtlich Tätige unzumutbar ist. Es ist bald soweit, dass der Papierkram, die Stellungnahmen, das Berichtswesen, die Unterschriften- und Aus-

zahlungslisten bei Amphibienwanderungen mehr Zeitaufwand erfordern als das eigentliche Tragen der Amphibien über die Straße! Wir haben es dem Umweltminister deutlich gemacht, dass man nicht auf der einen Seite das hohe Lied der Ehrenamtlichen singen kann und auf der anderen Seite die Förderung und Abrechnung ehrenamtlicher Leistungen so verkompliziert, dass Ehrenamtliche zunehmend keine Lust mehr haben, sich dafür zu engagieren.

Auch im Zusammenhang mit der Anerkennung des BN als landwirtschaftlicher Betrieb zur Erreichung von EU-Flächenförderungen erleben wir ein wahres Dickicht von Auflagen und Fußangeln einer überbordenden Agrarbürokratie in Bayern.

Die Bayerische Staatsregierung ist sonst so stolz auf Entbürokratisierung und schlanke Verwaltung, bei den Naturschutzförderprogrammen erleben wir das genaue Gegenteil. Wir fordern daher die Staatsregierung und den Ministerpräsidenten auf, im Sinne des gewünschten ehrenamtlichen Engagements von Bürgern im Natur- und Umweltschutz endlich einfache, bürgernahe Rahmenbedingungen zu schaffen – sonst riskiert man aufgrund behördlicher Auflagen wegbrechendes Bürgerengagement bei Biotoppflege und Artenschutz!

Der BN hat den Mitte April vorgestellten Managementplan Bär des Bayerischen Umweltministeriums begrüßt. Die von uns kritisierte Tötung des Bär Bruno hat wenigstens dazu beigetragen, dass in Bayern nun mit den Hausaufgaben für den Einstieg in ein modernes Wildtiermanagement begonnen wurde.

Der Managementplan enthält wichtige Forderungen, die der BN bereits weit vor dem Abschluss von Bär Bruno erhoben hatte:

- Ein differenziertes Stufenschema legt bei Konfliktsituationen zwischen Bär-Nutztier-Mensch das konkrete Vorgehen fest.
- Ein Einstieg in hauptamtliche Ansprechpartner und Bären-Betreuer (2 Personen Teilzeit) ist geschafft.
- Ein Entschädigungsfonds („Wildtierfonds“) hilft unbürokratisch bei Schäden v. a. an Nutztieren. Er wird gemeinsam finanziert vom Bayerischen Naturschutzfonds, Bayerischer Jagdverband, Landesbund für Vogelschutz und Bund Naturschutz.
- Eine Steuerungsgruppe von Nutzer- und Schützerverbänden aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wirkt beim Bärenmanagement mit, was derzeit einmalig in Deutschland ist. Auf Initiative des BN ist auch der Tierschutz bei relevanten Entscheidungen einbezogen.

Das ist ein erster entscheidender Schritt, dass wiederkehrende Großtierarten auch in Bayern willkommen sind. Allerdings müssen die personellen Kapazitäten wesentlich erhöht werden und dringend ist nun eine breite, bürgernahe und landesweite Informationsarbeit zum Umgang mit Bär, Wolf und Luchs. Bayern ist damit gut aufgestellt – aber beim nächsten einwandernden Bär muss es sich beweisen, ob der gute Plan auch in der Praxis das hält, was er verspricht.“

Der BN hat erst vorgestern die bayerischen Medien alarmiert dass einzelne Abgeordnete der CSU nun zu einem Generalangriff auf den Biber ansetzen.

Nach einer völlig unnötigen Verwaltungsänderung, die seit Herbst letzten Jahres die Zuständigkeit für Wegfang und Tötung von Bibern von den bewährten Höheren Naturschutzbehörden auf die oft überforderten Landratsämter delegierte, fordern nun enttäuschte Abgeordnete der CSU die Schaffung „biberfreier Zonen“, pauschale Bibertötung und die Abschwächung des Schutzstatus.

Der Ökobaumeister Biber braucht aber den Schutz und er verdient ihn, denn es gibt in Bayern keine zweite Tierart, die so viel Artenvielfalt und Hochwasserschutz schafft wie der Biber. In Zeiten dramatisch zunehmender sommerlicher Dürreperioden und extremer Niederschlagsereignisse brauchen wir natürliche Helfer, wir brauchen die Biberdämme und die Wasserrückhaltewirkung des Bibers mehr denn je!

Biberdämme und Rückstau halten dezentral Wasser an den Oberläufen der Bäche zurück und tragen dazu bei, Hochwasserspitzen zu kappen. Der Biber als einziger Wasserbauer im Tierreich hält Wasser in der Landschaft. Es wäre grotesk mit der Begründung „biberfreie Zonen“ Tausende von Biberdämmen an den Gewässeroberläufen rauszureißen und gleichzeitig ebenfalls mit Steuermitteln neue großtechnische Dämme im Unterlauf neu zu bauen. Wir haben daher Bundesumweltminister Gabriel aufgefordert, sich schützend vor den Biber zu stellen und die Initiativen Bayerns zur Schwächung des nationalen Schutzstatus zurückzuweisen. Einmal Ausrotten in Bayern genügt!

Der BN wird für den Biberschutz kämpfen und fordert die Stärkung des erfolgreichen Biber-managements in Bayern, die Einführung eines staatlichen Härtefall-Fonds von 1000.000 € und ein landesweites Förderprogramm für dezentrale Hochwasserrückhaltung, das die positiven Wirkungen des Biber integriert.

Nicht nur für den Biberschutz, sondern für den Erfolg unserer ganzen Natur- und Umweltschutz-Arbeit brauchen wir engagierte Mitglieder und eine sensibilisierte Bevölkerung. Die Umweltbildung ist deshalb traditionell ein zentrales Anliegen des Gesamtverbandes. Die ganzheitliche Umweltbildung hat in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen. Alle Kreisgruppen bieten mittlerweile ein umfangreiches Bildungsprogramm für Mitglieder und Nichtmitglieder an. Auf diese Weise ist ein flächendeckendes Netz von kreativen, innovativen und ganzheitlichen Bildungsangeboten entstanden, mit der Folge, dass sich der Bund Naturschutz mit Stolz heute als die größte ökologische Volkshochschule Europas bezeichnen kann.

Die Palette reicht von Naturerfahrungsseminaren über Exkursionen und Fachtagungen bis hin zu emotionalen und spielerischem Naturerleben. Die Vernetzung dieser Aktivitäten und ihre umweltpolitische Umsetzung stellt uns auch in unserer hauptamtlichen Bildungsarbeit vor neue Herausforderungen. Nicht mehr Pionierarbeit auf unbeackerten Feldern ist gefragt, sondern eine effiziente Unterstützung der Bildungsarbeit der Kreis- und Ortsgruppen, sowie die Betreuung von Bildungsfeldern mit landesweiter Bedeutung, u.a. auch Großveranstaltungen wie dem Fest an der Donau, die Weiterbildung von ehren- und hauptamtlichen Aktiven oder Multiplikatoren-Fortbildung und die Vernetzung der BN-eigenen und vom BN unterstützten Ökostationen.

Dabei freut es uns, dass vor wenigen Tagen unsere BN-eigene Ökostation Wartaweil am Ammersee, welche ja auch Dank der Unterstützung vieler Kreisgruppen zu einer vorbildhaften Umweltbildungseinrichtung ausgebaut wurde, die staatliche Anerkennung als Umweltstation vom Bayerischen Staatssekretär Dr. Bernhart erhalten hat.

Die landesweite Bildungsarbeit des Bundes Naturschutz in Bayern soll daher neu strukturiert werden mit dem Ziel, die Vernetzung der vielen Umweltbildungsaktivitäten in den Kreisgruppen, sowie das landesweite Angebot zu optimieren und ausbauen. Die Vorschläge dazu werden morgen ausführlich vorgestellt und diskutiert werden.

Angesichts des Klimawandels gibt es bei aller Bedrohung auch eine zentrale Chance für den Natur- und Umweltschutz, nämlich unsere jahrzehntelangen Forderungen nach einem Wirtschaften, welches Maß nimmt am Wirtschaften der Natur und deshalb im Kreislauf abläuft, die erzeugte Energie über die Vielfalt der Arten im System optimal nutzt und als fast die einzige Energiequelle – die Sonne – nutzt.

Natürlich Wirtschaften heißt Vielfalt statt Einfachheit. Denn Biodiversität heißt, die Vielfalt der Evolution oder der Schöpfung im Wissen um ihre Bedeutung zu sichern. Biodiversitätsverluste dürfen deshalb nicht akzeptiert werden. Unsere Politik akzeptiert sie, weil sie die Systeme der Wirtschaft versteht aber nicht die wesentlich wichtigeren Systeme der Natur – das heißt, wie sind häufig mit ökologischen Analphabeten konfrontiert.

Der Bund Naturschutz als der größte Natur- und Umweltschutzverband Europas, bezogen auf Fläche und Einwohner, hat zur Durchsetzung dieser Ziele auch die Kraft und den Mut. Denn die Durchsetzung erfordert Konfliktfähigkeit auch vor Ort, Konflikte mit den Mächtigen im Land und mit den Profiteuren der bisherigen Raubbauwirtschaft. Dazu müssen wir Netzwerke knüpfen, dazu müssen wir die Alternativen auch vor Ort verdeutlichen und konkretisieren - und wir tun dies mit fast 800 Kreis- und Ortsgruppen flächendeckend in Bayern – dazu brauchen wir auch die Vision eines Landes, welches Wohlstand nicht nur als materielle Qualität definiert, sondern auch als Lebensqualität für uns und unsere Kinder. Zu dieser Lebensqualität gehört ein natürlich fließender Bach genauso wie die Solaranlage auf dem Dach oder die sich selbst überlassenden Wälder im Nationalpark Bayerischer Wald mit ihren fantastischen Prozessen. Und deshalb kämpfen wir auch für einen Buchennationalpark im nördlichen Steigerwald.

Wir sind Teil einer Gegenbewegung gegen einen zynischen Neoliberalismus, gegen eine Globalisierung zu Lasten der Menschen und der Umwelt, gegen eine Politik, welche uns letztlich heimatlos macht. Denn zur Heimat gehört für uns nicht Laptop und Lederhose sondern ökologische und kulturelle Identität. Und deshalb danke ich allen, die sich unermüdlich für diese gemeinsamen Ziele mutig und kreativ einsetzen und damit den Bund Naturschutz als unabhängigen, weder vom Staat noch von der Wirtschaft abhängigen oder gar käuflichen Verband sichern. Denn der Bund Naturschutz als grünes Gewissen Bayerns ist heute notwendiger denn je. Nicht zuletzt um auch unserer Jugend Zuversicht zu geben, dass es nicht nur notwendig ist für die Natur zu kämpfen, sondern dass sich dieser Einsatz auch lohnt.

Denn es kämpft sich nicht schlecht für Heimat und Recht.